

24/SN-319/ME

KAMMER DER
WIRTSCHAFTSTREUHÄNDER

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr.Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien

Befehl GESETZENTWURF	
Zl. 60	-GE/19 PS
Datum: 13. SEP. 1993	
16. Sep. 1993 <i>Reuber</i>	
Verteilt	

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

Sachbearbeiter:

Tel.DW.

Datum:

Dr.HB/Be

Dr.Blasche

250

9.9.1993

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Gnadungsverfahren neu geregelt wird

Dr. Reuber

Bezugnehmend auf die Übersendungsnote des Bundesministeriums für Justiz, GZ. 578.0141-II 3/93, gestattet sich die Kammer zu § 509 des vorliegenden Gesetzesentwurf die Anregung, diesem folgende Ziffer 3 anzufügen:

"In Abgabensachen ist eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen einzuholen."

Begründung:

Erfahrungsgemäß ist es schon bei gerichtlichen Strafverfahren in Abgabensachen oft schwierig, komplizierte abgabenrechtliche Vorgänge darzulegen. Umso schwieriger dürfte es für nicht mit Abgabensachen befaßte Behörden später sein, zu Gnadengesuchen Stellung zu nehmen. Die Einholung der Stellungnahme des BMF würde nicht nur der gleichmäßigen Behandlung derartiger Anträge dienlich sein, sondern auch dem BMF die Möglichkeit geben, in besonders gelagerten Fällen (z.B. bei Auslandsaufenthalt des Antragstellers) ein finanzielles Arrangement hinsichtlich der Abgabennachforderungen mit der Stellungnahme zum Gnadengesuch zu verbinden.

Wunschgemäß wird diese Stellungnahme in 25-facher Ausfertigung übermittelt sowie eine Kopie an das Bundesministerium für Justiz übersendet.

Wir verbleiben mit der Bitte um Kenntnisnahme

mit vorzüglicher Hochachtung

Der Präsident:

Dr.Ernst Traar e.h.



Der Kammerdirektor:

Dr. Paula Schneider

Dr.Paula Schneider

Bankverbindungen:
Creditanstalt 0049-46000/00
Z-Länderbank Bank Austria AG 238-109-066/00
Erste Österr. Spar-Casse 012-03304
Postsparkassa 1838.848

Bennoplatz 4, A-1081 Wien
Telefon: 0222/40 190 - 0
Telefax: 0222/40 190-255
Telex: 112264 WTK WI A